

**ANHANG I**  
**ALLGEMEINES ARBEITSPROGRAMM IM BEREICH DER FINANZHILFEN IM**  
**ENERGIE- UND VERKEHRSSSEKTOR FÜR 2006**

*Die in diesem Arbeitsprogramm genannten Beträge beziehen sich auf den Haushalt der Kommission für 2006. Dieses Arbeitsprogramm ist in drei Teile unterteilt:*

- A. Arbeitsprogramm für die ohne Basisrechtsakt aufgrund von Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen gewährten Finanzhilfen
- B. Arbeitsprogramm für die ohne Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen gewährten Finanzhilfen, die durch einen späteren Bewilligungsbeschluss zugewiesen werden
- C. Arbeitsprogramm für die aufgrund eines Basisrechtsakts und einer Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen zu gewährenden Finanzhilfen für spezifische Programme im Energie- und Verkehrssektor
  - Programm „Marco Polo“,
  - Transeuropäische Verkehrs- und Energienetze,
  - Programm „Intelligente Energie für Europa“,
  - bestimmte Maßnahmen des Sechsten Forschungsrahmenprogramms.

**A. OHNE BASISRECHTSAKT IM RAHMEN EINER AUFFORDERUNG ZUR EINREICHUNG VON VORSCHLÄGEN GEWÄHRTE FINANZHILFEN**

**A.1. Haushaltslinien : 06 07 01, 06 05 02 und 06 07 04 (Verkehrssicherheit, Sicherheitsüberwachung und Sicherheit der Energieanlagen)**

***Rechtsgrundlage:***

06 07 01 :

Obliegenheit aufgrund der institutionellen Befugnisse der Kommission gemäß Artikel 49 Absatz 2 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates vom 25. Juni 2002 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 248 vom 16.09.2002, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 2320/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2002 zur Festlegung gemeinsamer Vorschriften für die Sicherheit in der Zivilluftfahrt (ABl. L 355 vom 30.12.2002, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 725/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. März 2004 zur Erhöhung der Gefahrenabwehr auf Schiffen und in Hafenanlagen (ABl. L 129 vom 29.04.2004).

06 05 02 :

Obliegenheit aufgrund der der Kommission nach Kapitel III und Artikel 174 Euratom-Vertrag unmittelbar übertragenen Befugnisse.

06 07 04 :

Obliegenheit aufgrund der institutionellen Befugnisse der Kommission (Artikel 95 EG-Vertrag) gemäß Artikel 49 Absatz 2 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates vom 25. Juni 2002 über die

**Ziel(e):**

- Unterstützung der Organisation von Konferenzen von europäischem Interesse im Bereich Energie und Verkehr.

**Erwartete Ergebnisse:**

- Austausch von Erfahrungen und Überlegungen zu den Themen der Kommissionspolitik,
- Nutzung der Arbeiten der Kommission, insbesondere operationeller Maßnahmen, Forschungsvorhaben und Rechtsetzungsinitiativen.

Für 2006 vorgeschlagene Hauptthemen	<p>Konferenzen von europäischem Interesse im Bereich Energie und Verkehr und insbesondere im Zusammenhang mit folgenden politischen Prioritäten:</p> <p>1. Verkehrssicherheit und Sicherheit der Energieanlagen und –infrastrukturen im Hinblick auf alle Maßnahmen und Verfahren zum Schutz der Passagiere vor widerrechtlichen Handlungen, einschließlich</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- im Verkehrsbereich: Sicherheit von Anlagen des Flug- und Seeverkehrs, des Landverkehrs und des kombinierten Verkehrs, Beförderung gefährlicher Güter, Praktiken im Bereich des Land- und Stadtverkehrs und technologische Aspekte;</li> <li>- im Energiebereich: Sicherheit der Energienetze und der Brennstofflager und Überwachung radioaktiver Strahlenquellen.</li> </ul> <p>2. Sicherheitsüberwachung, insbesondere Sicherheit kerntechnischer Anlagen, Rückbau kerntechnischer Anlagen, Entsorgung radioaktiver Abfälle und Verbringung von Kernmaterial. Die Sicherheitsüberwachung umfasst laut Definition alle Maßnahmen in den Stadien Auslegung, Bau, anschließender Betrieb und schließlich Stilllegung, die getroffen werden, um unter normalen Bedingungen einen Betrieb und einen Zustand der Anlagen (einschließlich der zugehörigen Beförderungen sowie der Entsorgung der entstehenden Abfälle) ohne Gefahr für Beschäftigte, Bevölkerung und Umwelt zu gewährleisten sowie Störfällen vorzubeugen und deren Folgen einzudämmen.</p>
Zeitpunkt der Aufforderung zur Einreichung von Konferenzvorschlägen	April 2006
Hauptauswahlkriterien	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Finanzielle Befähigung des Antragstellers: Der Antragsteller hat seine finanzielle Befähigung zur Durchführung der zu fördernden Maßnahme zu belegen und die Bilanz des letzten abgeschlossenen Geschäftsjahres vorzulegen. Letztere Bestimmung gilt nicht für öffentliche Stellen und internationale Organisationen.</li> <li>– Technische Befähigung des Antragstellers: Der Antragsteller muss über die technische und betriebliche Befähigung verfügen, die zu fördernde Maßnahme durchzuführen, und hat die verlangten Unterlagen vorzulegen - Lebenslauf der mit der Durchführung der Maßnahme beauftragten Personen, Beschreibung der in den letzten drei Jahren durchgeführten Vorhaben und Tätigkeiten, insbesondere Projekte im Zusammenhang mit dem betreffenden Thema.</li> </ul>
Hauptzuschlagskriterien	<ul style="list-style-type: none"> <li>– <b>Europäische Dimension (35 %):</b> Die Kommission wird prüfen, in welchem Maße die vorgeschlagene Maßnahme einen Beitrag zum Legislativprogramm der GD TREN leisten und diesbezüglich zu einem konkreten Mehrwert führen kann. Das Thema sollte mehrere Staaten der Union betreffen, Redner und Zielgruppe sollten verschiedenen</li> </ul>

	<p>Mitgliedstaaten entstammen. (Hinweis: Es wird u. a. die Konvergenz zwischen den Zielen der Maßnahme und den oben genannten vorrangigen politischen Themen bewertet.)</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- <b>Qualität des vorgeschlagenen Ansatzes (25 %):</b> Die Kommission bewertet den Mitteleinsatz im Hinblick auf die erwarteten Ergebnisse der Maßnahme (Hinweis: Es werden u. a. die räumliche und zeitliche Strukturierung der Veranstaltung, Zeit für Diskussionen, die Art der vorgeschlagenen Redner und deren Sachverstand bewertet). Daneben wird die Kommission die der Maßnahme verliehene Sichtbarkeit bewerten. Aus der Argumentation des Antragstellers muss genau hervorgehen, welche Mittel zur Verbreitung der Informationen in drei Phasen genutzt werden: vor, während und nach der Konferenz (z. B. Runder Tisch, Ausstellung, Pressekonferenz, Webseite, Medienecho, Veröffentlichungen usw.).</li> <li>- <b>Zielgruppe (20 %):</b> Die Kommission wird prüfen, in welchem Maße die geplante Konferenz die ins Auge gefasste Zielgruppe erreicht und der angestrebte Multiplikatoreffekt erzielt werden kann (Hinweis: Bewertet wird u. a. die Methodik der Kontaktaufnahme mit den Teilnehmern und die Kohärenz zwischen Zielgruppe und Zielen der Maßnahme).</li> <li>- <b>Kosten-Nutzen-Verhältnis (20 %):</b> Der Mittelsatz, der nach Ausgabenkategorien aufzugliedern ist, muss ein vorteilhaftes Kosten-Nutzen-Verhältnis der Maßnahme belegen (Hinweis: Beurteilt wird u. a. die Angemessenheit der erwarteten Ergebnisse im Verhältnis zum Betrag der Finanzhilfe, das Vorhandensein weiterer Partner und die Genauigkeit des Mittelsatzes).</li> </ul> <p>Für eine Finanzierung aus Gemeinschaftsmitteln kommen nur Vorschläge in Frage, die insgesamt auf einen Prozentsatz von 70 % und bei jedem einzelnen Vergabekriterium auf einen Prozentsatz von mindestens 60 % kommen.</p>
Finanzierungssatz	Zwischen 10 % und 30 % des Gesamtbetrags der zuschussfähigen Kosten der Maßnahme. Der Kofinanzierungssatz wird nach Maßgabe der verfügbaren Haushaltsmittel und außerdem auf der Grundlage der Zuschlagskriterien und der Stellungnahme der Bewertungsausschüsse festgelegt. Der höchstmögliche Kofinanzierungssatz ist den Vorschlägen vorbehalten, die den Zuschlagskriterien am besten entsprechen.
Mittelsatz	100 000 €, die auf die drei Haushaltslinien aufzuteilen sind

## A.2. Haushaltslinie: 06 02 03 (Verkehrssicherheit)

### **Rechtsgrundlage:**

Obliegenheit aufgrund der institutionellen Befugnisse der Kommission gemäß Artikel 49 Absatz 2 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates vom 25. Juni 2002 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften.

### **Ziel(e):**

Allgemein die Erfassung und Verarbeitung von Informationen aller Art, die für die Analyse, Festlegung, Förderung, Nachverfolgung, Bewertung und Umsetzung der zur Steigerung der Sicherheit im Land-, Luft- und Seeverkehr ohne unverhältnismäßige Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Effizienz dieser Verkehrsträger nötigen Maßnahmen und Regelungen sowie deren Ausweitung auf Drittländer erforderlich sind.

Die in Frage kommenden Tätigkeiten umfassen Studien, Kampagnen, Konferenzen, Ermittlung vorbildlicher Praktiken und Demonstrationsprojekte in folgenden Bereichen:

1) Im Rahmen der Mitteilung KOM(2003) 311 der Kommission „Europäisches Aktionsprogramm für die Straßenverkehrssicherheit – Halbierung der Zahl der Unfallopfer im Straßenverkehr in der Europäischen Union bis 2010: eine gemeinsame Aufgabe“:

- Betreuung, Erziehung, Schulung und andere Lernangebote zur Verbesserung des Verhaltens der Straßenverkehrsteilnehmer;
- Unterstützung und Durchführung der Rechtsetzungsinitiativen der Kommission in den Jahren 2006/2007 in Bezug auf die Verkehrssicherheit;
- Entwicklung einer weithin sichtbaren Strategie und einer Kampagne in der gesamten EU für die Jahre 2007 – 2009.

2) Im Bereich des Seeverkehrs:

- Sicherheit des Seeverkehrs durch eine hochwertige Ausbildung sowohl der Besatzungen als auch der Mitarbeiter von Seeverkehrsbehörden;
- Maßnahmen zur Sensibilisierung und Information sowohl der Öffentlichkeit als auch der Seeverkehrsbetreiber über Initiativen der Gemeinschaft im Bereich der Sicherheit des Seeverkehrs;
- Maßnahmen zur Stärkung aller Aspekte der Sicherheit des Seeverkehrs und der Verhütung der Meeresverschmutzung in europäischen Seegebieten.

3) Im Bereich des Schienenverkehrs:

- Annäherung der Rechtsvorschriften, der technischen Normen und Verwaltungsverfahren für die Kontrolle sowie Festlegung von Indikatoren, Methoden und gemeinsamen Zielen.

4) Im Bereich des Luftverkehrs:

- Verwirklichung des einheitlichen Luftraums;
- Verbesserung der Sicherheitsbedingungen des Luftverkehrs, insbesondere durch Schaffung eines kohärenten Rechtsrahmens für Luftfahrzeuge, Luftfahrtunternehmen und Luftfahrtpersonal der Gemeinschaft;
- Unterstützung internationaler Organisationen für die Sicherheit des Luftverkehrs bei der Einrichtung von Kontroll- und Kooperationsmechanismen mit Drittländern;
- Anpassung der Kapazität der Infrastruktur und des Luftraums an die Bedürfnisse des Luftverkehrs.

### ***Erwartete Ergebnisse:***

Erreichen der im Weißbuch „Die europäische Verkehrspolitik bis 2010: Weichenstellungen für die Zukunft“ festgelegten Ziele, insbesondere Senkung der Zahl der Verkehrstoten in Europa bis 2010 um die Hälfte, mit besonderem Schwergewicht auf einer Verhaltensänderung;

bessere Kenntnis der Probleme im Zusammenhang mit der Verkehrssicherheit, um angemessener darauf reagieren zu können;

Ausarbeitung der in das Arbeitsprogramm der Kommission aufgenommenen Legislativvorschläge;

Stärkung der Informations- und Präventionspolitik;

Nutzung der Arbeiten der Kommission, insbesondere operationeller Maßnahmen, Forschungsvorhaben und Rechtsetzungsinitiativen;

Ausweitung der Politik der Union auf die künftigen Mitgliedstaaten.

Für 2006 vorgeschlagene Hauptthemen	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Betreuung, Erziehung, Schulung und andere Lernangebote: Initiativen mit Teilnehmern aus mehr als einem Mitgliedstaat, die konkret das Verhalten der Straßenverkehrsteilnehmer im Straßenverkehr sowie deren Kenntnisse und deren Verantwortung durch praktische und nachprüfbare Maßnahmen verbessern. Insbesondere werden Maßnahmen erwartet, die vor allem auf junge Fahrer oder Fahranfänger abzielen und die Mitgliedstaaten einbeziehen, deren Zahlen im Bereich der Straßenverkehrssicherheit unter dem europäischen Durchschnitt liegen.</li> <li>- Unterstützung und Durchführung der Rechtsetzungsinitiativen der Kommission in den Jahren 2006/2007 in Bezug auf die Straßenverkehrssicherheit, insbesondere derjenigen mit grenzüberschreitendem Anwendungsbereich, Infrastrukturverwaltung im Bereich der Straßenverkehrssicherheit, Fahren mit Abblendlicht bei Tag, Rückspiegel, die den toten Winkel beseitigen.</li> <li>- Entwicklung einer weithin sichtbaren Strategie und einer Kampagne in der gesamten EU für die Jahre 2007 – 2009 mit einem Schwergewicht auf der Verbesserung des Verhaltens der Straßenverkehrsteilnehmer, insbesondere hinsichtlich des Alkohol- und Drogenkonsums, des Anlegens des Sicherheitsgurtes und der Geschwindigkeit.</li> <li>- Unterstützung von Konferenzen von europäischem Interesse im Bereich der Verkehrssicherheit.</li> </ul>
Zeitpunkt der Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen - Verkehr	Mai 2006
Hauptauswahlkriterien	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Finanzielle Befähigung des Antragstellers (Der Antragsteller hat seine finanzielle Befähigung zur Durchführung der zu fördernden Maßnahme zu belegen und die Bilanz des letzten abgeschlossenen Geschäftsjahres vorzulegen. Letztere Bestimmung gilt nicht für öffentliche Stellen und internationale Organisationen.).</li> <li>- Technische Befähigung des Antragstellers (Der Antragsteller muss über die technische und betriebliche Befähigung verfügen, die zu fördernde Maßnahme durchzuführen, und hat die verlangten Unterlagen vorzulegen – Lebenslauf der mit der Durchführung der Maßnahme beauftragten Personen, Beschreibung der in den letzten drei Jahren durchgeführten Vorhaben und Tätigkeiten.).</li> </ul>
Hauptzuschlagskriterien	<p>1) Qualität der Maßnahme: 80%</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Europäische Dimension: Die Kommission wird prüfen, in welchem Maße die vorgeschlagene Maßnahme einen Beitrag zur gemeinsamen Straßenverkehrssicherheitspolitik leisten und diesbezüglich zu einem konkreten Mehrwert führen kann. Initiativen von lokalem Interesse sind ausgeschlossen – 20 %.</li> <li>- Innovativer Charakter: Die Kommission wird prüfen, in welchem Maße die vorgeschlagene Maßnahme zu neuen Ansätzen und Praktiken beiträgt – 20 %.</li> <li>- Multiplikatorwirkung: Die Kommission wird prüfen, in welchem Maße die vorgeschlagene Maßnahme den Transfer, die Verallgemeinerung, die Verbreitung oder die Anwendung im großen Maßstab der Ergebnisse, Erfahrungen, Kenntnisse und vorbildlichen Praktiken ermöglicht – 15 %.</li> <li>- Kosten-Nutzen-Verhältnis: Der Mittelansatz, der nach Ausgabenkategorien aufzugliedern ist, muss ein vorteilhaftes Kosten-Nutzen-Verhältnis der Maßnahme belegen (Angemessenheit der erwarteten Ergebnisse im Verhältnis zum Betrag der Finanzhilfe) – 10 %.</li> </ul>

	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Sichtbarkeit: In der Beschreibung der Maßnahme ist detailliert anzugeben, mit welchen Mitteln die Sichtbarkeit der Gemeinschaftsmaßnahme gewährleistet wird (Veröffentlichungen, Veranstaltungen, Internetseiten, CD-ROM usw.) – 15 %.</li> </ul> <p>2) Qualität des Antrags 20 %: Die Organisation der Maßnahme ist detailliert zu beschreiben, insbesondere hinsichtlich folgender Aspekte:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Arbeitsplan (Klarheit und Angemessenheit der Ziele, Angemessenheit der erwarteten Ergebnisse) und Zeitplan;</li> <li>- vorgeschlagene Methodik: Bewertung und Ergebnisindikatoren im Verhältnis zu den angestrebten Zielen.</li> </ul>
Finanzierungssatz	Zwischen 10 % und 50 % des Gesamtbetrags der zuschussfähigen Kosten der Maßnahme. Der Kofinanzierungssatz wird nach Maßgabe der verfügbaren Haushaltsmittel und außerdem auf der Grundlage der Zuschlagskriterien und der Stellungnahme der Bewertungsausschüsse festgelegt. Der höchstmögliche Kofinanzierungssatz ist den Vorschlägen vorbehalten, die den Zuschlagskriterien am besten entsprechen.
Mittelansatz	<b>10 394 000 €</b>

### A.3. Haushaltslinie: 06 02 04 01 (Binnenmarkt und Optimierung von Verkehrssystemen)

#### ***Rechtsgrundlage:***

Obliegenheit aufgrund der institutionellen Befugnisse der Kommission gemäß Artikel 49 Absatz 2 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates vom 25. Juni 2002 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften.

#### ***Ziel(e):***

1) Verwirklichung, Verwaltung und Entwicklung des Binnenmarkts im Verkehrsbereich, einschließlich seiner Ausdehnung außerhalb der Gemeinschaft, mit besonderem Schwerpunkt auf der Beseitigung von Engpässen im grenzüberschreitenden Verkehr in Gebieten, in denen natürliche Hindernisse den freien Personen- und Güterverkehr behindern.

2) Beobachtung des Güter- und Personenverkehrsmarkts für alle Verkehrsträger, einschließlich der Verbesserung der statistischen Erfassung durch die Mitgliedstaaten.

3) Entwicklung einer nachhaltigen Mobilitätspolitik in den Bereichen Land-, See- und Luftverkehr, insbesondere:

- Unterstützung von Pilotmaßnahmen im Bereich des Straßenverkehrs, vor allem durch den Einsatz neuer Technologien mit dem Ziel einer Standardisierung der Verfahren;
- Unterstützung der Wettbewerbsfähigkeit des Binnenschiffsverkehrs und des Kurzstreckenseeverkehrs;
- Verbesserung der Interoperabilität der Verkehrssysteme;
- Förderung und Verbesserung der Qualität des Schienenverkehrs, insbesondere im Güterverkehr;
- Normungsaufträge an die europäischen Normungsorgane oder andere Organisationen in allen Verkehrssektoren sowie Ausarbeitung technischer Spezifikationen für die Interoperabilität im Eisenbahnverkehr;

- Umsetzung der Open-Sky-Abkommen.

***Erwartete Ergebnisse:***

- Erreichen der im Weißbuch „Die europäische Verkehrspolitik bis 2010: Weichenstellungen für die Zukunft“ festgelegten Ziele;
- schrittweise Verschiebung der Verkehrsträgeranteile hin zu umweltfreundlicheren Verkehrsträgern;
- Stärkung des Dialogs mit der Industrie zur Förderung der nachhaltigen Mobilität, insbesondere durch bessere Beherrschung der Umweltauswirkungen und eine Korrektur der Verkehrsträgeranteile;
- Ausbau der Interoperabilität der Verkehrsträger;
- Ausbau des Schienengüterverkehrs;
- Ausbau des Binnenschiffsverkehrs und des Kurzstreckenseeverkehrs;
- Abschluss internationaler Luftverkehrsabkommen, die die Interessen der europäischen Luftfahrtunternehmen wahren;
- Ausweitung der Politik der Union auf die künftigen Mitgliedstaaten.

Für 2006 vorgeschlagene Hauptthemen	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Entwicklung des Kurzstreckenseeverkehrs in Europa, insbesondere durch Unterstützung von Förderzentren oder Kommunikationsmaßnahmen;</li> <li>- Unterstützung innovativer Vorhaben von europäischem Ausmaß in allen Bereichen, die mit den oben genannten Zielen in Zusammenhang stehen;</li> <li>- Unterstützung von Konferenzen von europäischem Interesse im Bereich des Verkehrs, insbesondere im Bereich des Binnenmarktes und der nachhaltigen Mobilität.</li> </ul>
Zeitpunkt der Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen - Verkehr	Mai 2006
Hauptauswahlkriterien	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Finanzielle Befähigung des Antragstellers (Der Antragsteller hat seine finanzielle Befähigung zur Durchführung der zu fördernden Maßnahme zu belegen und die Bilanz des letzten abgeschlossenen Geschäftsjahres vorzulegen. Letztere Bestimmung gilt nicht für öffentliche Stellen und internationale Organisationen.).</li> <li>- Technische Befähigung des Antragstellers (Der Antragsteller muss über die technische und betriebliche Befähigung verfügen, die zu fördernde Maßnahme durchzuführen, und hat die verlangten Unterlagen vorzulegen – Lebenslauf der mit der Durchführung der Maßnahme beauftragten Personen, Beschreibung der in den letzten drei Jahren durchgeführten Vorhaben und Tätigkeiten.).</li> </ul>
Hauptzuschlagskriterien	<p>1) Qualität der Maßnahme: 80%</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Europäische Dimension: Die Kommission wird prüfen, in welchem Maße die vorgeschlagene Maßnahme einen Beitrag zur gemeinsamen Straßenverkehrssicherheitspolitik leisten und diesbezüglich zu einem konkreten Mehrwert führen kann. Initiativen von lokalem Interesse sind ausgeschlossen – 20 %.</li> <li>- Innovativer Charakter: Die Kommission wird prüfen, in welchem Maße die vorgeschlagene Maßnahme zu neuen Ansätzen und Praktiken beiträgt – 20 %.</li> <li>- Multiplikatorwirkung: Die Kommission wird prüfen, in welchem Maße die vorgeschlagene Maßnahme den Transfer, die Verallgemeinerung, die Verbreitung oder die Anwendung im großen Maßstab der Ergebnisse, Erfahrungen, Kenntnisse und vorbildlichen Praktiken ermöglicht.</li> <li>- Kosten-Nutzen-Verhältnis: Der Mittelansatz, der nach Ausgabenkategorien aufzugliedern ist, muss ein vorteilhaftes Kosten-Nutzen-Verhältnis der Maßnahme belegen (Angemessenheit der erwarteten Ergebnisse im Verhältnis zum Betrag der Finanzhilfe) – 10 %.</li> <li>- Sichtbarkeit: In der Beschreibung der Maßnahme ist detailliert anzugeben, mit welchen Mitteln die Sichtbarkeit der Gemeinschaftsmaßnahme gewährleistet wird (Veröffentlichungen, Veranstaltungen, Internetseiten, CD-ROM usw.) – 15 %.</li> </ul> <p>2) Qualität des Antrags 20 %: Die Organisation der Maßnahme ist detailliert zu beschreiben, insbesondere hinsichtlich folgender Aspekte:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Arbeitsplan (Klarheit und Angemessenheit der Ziele, Angemessenheit der erwarteten Ergebnisse) und Zeitplan;</li> <li>- vorgeschlagene Methodik: Bewertung und Ergebnisindikatoren im Verhältnis zu den angestrebten Zielen.</li> </ul>
Finanzierungssatz	Zwischen 10 % und 50 % des Gesamtbetrags der zuschussfähigen Kosten der Maßnahme. Der Kofinanzierungssatz wird nach Maßgabe der verfügbaren Haushaltsmittel und außerdem auf der Grundlage der Zuschlagskriterien und der Stellungnahme der Bewertungsausschüsse festgelegt. Der höchstmögliche Kofinanzierungssatz ist den Vorschlägen vorbehalten, die den Zuschlagskriterien am besten entsprechen.
Mittelansatz	3.554.000 €



Hinweis: Zwei im Rahmen der 2005 veröffentlichten Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen ausgewählte Maßnahmen (mit einer Gesamthöhe von 40 000 €), die 2005 im Arbeitsprogramm der GD TREN enthalten waren, konnten nicht im Haushalt 2005 gebunden werden (technische Schwierigkeiten) und werden 2006 zu Lasten der Haushaltslinie 06020401 gebunden. Diese Maßnahmen entsprechen den für 2006 aufgestellten Prioritäten und Zielen.

#### A.4. Haushaltslinie: 06 07 02 (Pilotprojekt zur Sicherheit an Rastplätzen)

##### ***Rechtsgrundlage:***

Vom Europäischen Parlament im Rahmen des Haushaltsverfahrens 2006 eingeführtes Pilotprojekt.

Obliegenheit aufgrund der institutionellen Befugnisse der Kommission gemäß Artikel 49 Absatz 2 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates vom 25. Juni 2002 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften.

##### ***Ziel(e):***

Schaffung eines oder mehrerer Pilotprojekte zur Förderung vorbildlicher Vorgehensweisen („best practice“) im Bereich der Einrichtung von Lkw-Rastplätzen auf dem transeuropäischen Netz im Hinblick auf die Gewährleistung der Sicherheit.

Die Kommission möchte eine kleine Zahl von Bewerbern auswählen, die jeweils für ein Pilotprojekt zur Einrichtung gesicherter Rastplätze mit großer Aufnahmekapazität verantwortlich sind.

Hauptmerkmale dieser Projekte:

- Sie liegen an den internationalen Verkehrsachsen des transeuropäischen Netzes und umfassen Rastplätze, die spätestens 2007 fertig gestellt sein sollen.
- Sie betreffen Rastplätze, die an Punkten liegen, die gegen den gewerblichen Güterkraftverkehr gerichteten kriminellen Handlungen in besonderem Maße ausgesetzt sind ("neuralgische Punkte").
- Sie zielen auf hohe Sicherheitsstandards (Ausrüstungen, Betrieb, Beschäftigte) ab, die von den Versicherungsgesellschaften anerkannt werden.
- Sie sehen die Anwendung gemeinsamer Standards auf die verschiedenen Rastplätze vor, wenn das Projekt mehrere Rastplätze umfasst, erlauben jedoch standortspezifische Anpassungen für die einzelnen Rastplätze.
- Sie sehen den Einsatz von Technologien zur aktiven und passiven Sicherheit und von intelligenten Technologien vor.
- Sie umfassen gegebenenfalls die Einrichtung eines Systems zur Vorabinformation der Fahrer über die Anzahl der verfügbaren Plätze.
- Sie sehen eine langfristige Finanzierung nach dem Verursacherprinzip vor.

Die neuralgischen Punkte und Empfehlungen für die angestrebten Mindeststandards werden von der Kommission noch näher bestimmt. Auch das Grünbuch über ein europäisches Programm zum Schutz kritischer Infrastrukturen (KOM(2005)576 endg. vom 17. November 2005) und die Mitteilung über den Schutz kritischer Infrastrukturen im Rahmen der Terrorismusbekämpfung (KOM(2004)702 endg. vom 20. Oktober 2004) werden berücksichtigt.

##### ***Erwartete Ergebnisse:***

Die Projekte sind so auszulegen, dass die Rastplätze nach Einstellung der Finanzierung als „normale“ gesicherte Rastplätze weiter bestehen können.

Sie sollen als Geschäftsmodelle für weitere Rastplätze dienen, die ohne Finanzhilfe eingerichtet werden.

Für 2006 vorgeschlagenes Hauptthema	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Einrichtung gesicherter Rastplätze mit großer Aufnahmekapazität.</li> </ul>
Zeitpunkt der Aufforderung zur Einreichung von Pilotprojektvorschlägen:	Mai 2006
Hauptauswahlkriterien	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Finanzielle Befähigung des Antragstellers (Der Antragsteller hat seine finanzielle Befähigung zur Durchführung der zu fördernden Maßnahme zu belegen und die Bilanz des letzten abgeschlossenen Geschäftsjahres vorzulegen. Letztere Bestimmung gilt nicht für öffentliche Stellen und internationale Organisationen.).</li> <li>- Technische Befähigung des Antragstellers (Der Antragsteller muss über die technische und betriebliche Befähigung verfügen, die zu fördernde Maßnahme durchzuführen, und hat die verlangten Unterlagen vorzulegen – Lebenslauf der mit der Durchführung der Maßnahme beauftragten Personen, Beschreibung der in den letzten drei Jahren durchgeführten Vorhaben und Tätigkeiten.).</li> <li>- Bankgarantie für die Zahlung von Vorschüssen.</li> </ul>
Hauptzuschlagskriterien	<p>1) Qualität der Maßnahme:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Europäische Dimension: Die Kommission wird prüfen, in welchem Maße die vorgeschlagene Maßnahme einen Beitrag zur gemeinsamen Verkehrspolitik leisten und diesbezüglich zu einem konkreten Mehrwert führen kann. Initiativen von ausschließlich lokalem Interesse sind ausgeschlossen.</li> <li>- Innovativer Charakter: Die Kommission wird prüfen, in welchem Maße die vorgeschlagene Maßnahme zu neuen Ansätzen und Praktiken beiträgt.</li> <li>- Multiplikatorwirkung: Die Kommission wird prüfen, in welchem Maße die vorgeschlagene Maßnahme den Transfer, die Verallgemeinerung, die Verbreitung oder die Anwendung im großen Maßstab der Ergebnisse, Erfahrungen, Kenntnisse und vorbildlichen Praktiken ermöglicht.</li> <li>- Kosten-Nutzen-Verhältnis: Der Mittelansatz, der nach Ausgabenkategorien aufzugliedern ist, muss ein vorteilhaftes Kosten-Nutzen-Verhältnis der Maßnahme belegen (Angemessenheit der erwarteten Ergebnisse im Verhältnis zum Betrag der Finanzhilfe).</li> <li>- Bewertung: Die Kommission wird die vorgeschlagene Bewertungsmethode und die Qualität der Ergebnisindikatoren im Verhältnis zu den angestrebten Zielen prüfen.</li> <li>- Sichtbarkeit: In der Beschreibung der Maßnahme ist detailliert anzugeben, mit welchen Mitteln die Sichtbarkeit der Gemeinschaftsmaßnahme gewährleistet wird (Veröffentlichungen, Veranstaltungen, Internetseiten, CD-ROM usw.).</li> <li>- Umfang der Maßnahme: Das Projekt muss im Bereich des transeuropäischen Netzes liegen und die nötigen Anlagen müssen 2007 fertig gestellt werden. Die Kommission unterstützt vorzugsweise Großprojekte, von denen potenziell eine große Anzahl von Fahrzeugen profitiert.</li> </ul> <p>2) Qualität des Antrags: Die Organisation der Maßnahme ist detailliert zu beschreiben, insbesondere hinsichtlich folgender Aspekte:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Arbeitsplan (Klarheit und Angemessenheit der Ziele, Angemessenheit der erwarteten Ergebnisse);</li> <li>- Erlangung der erforderlichen Genehmigungen (Baugenehmigung usw.);</li> <li>- abgeschlossene Voruntersuchungen;</li> <li>- Zeitplan der Maßnahme;</li> <li>- vorgeschlagene Methodik: Bewertung und Ergebnisindikatoren im Verhältnis zu den angestrebten Zielen.</li> </ul>
Finanzierungssatz	Zwischen 10 % und 85 % des Gesamtbetrags der zuschussfähigen Kosten der Maßnahme. Der Kofinanzierungssatz wird nach Maßgabe der verfügbaren Haushaltsmittel und außerdem auf der Grundlage der Zuschlagskriterien und der Stellungnahme des Bewertungsausschuss festgelegt. Der höchstmögliche Kofinanzierungssatz ist den Vorschlägen vorbehalten, die den Zuschlagskriterien am besten entsprechen.
Mittelansatz	5 300 000 €

## **B. OHNE AUFFORDERUNG ZUR EINREICHUNG VON VORSCHLÄGEN GEWÄHRTE FINANZHILFEN**

Eine gewisse Zahl von Finanzhilfen wird Begünstigten gewährt, die ein rechtliches oder faktisches Monopol innehaben. Über diese Finanzhilfen wird im Rahmen eines Ad-hoc-Bewilligungsbeschlusses der Kommission entschieden.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt gelten für die Maßnahmen, die auf diese Weise finanziert werden sollen, die folgenden Kriterien:

### **B.1. Haushaltlinie: 06 02 03 (Verkehrssicherheit)**

**Rechtsgrundlage, Ziel(e) und erwartete Ergebnisse:** siehe Absatz A.2.

Für 2006 vorgeschlagene Hauptthemen	<ul style="list-style-type: none"><li>- Unterstützung internationaler Organisationen zur Verbesserung der Luftverkehrssicherheit, insbesondere durch die Einrichtung von Kontroll- und Kooperationsmechanismen mit Drittländern;</li><li>- Verbesserung der Flugsicherheit durch Standardisierung im Bereich der Flugsicherung in Verbindung mit der Schaffung des einheitlichen Luftraums nach Annahme der Verordnung über die Interoperabilität des europäischen Netzes für das Flugverkehrsmanagement (Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe a);</li><li>- Unterstützung des Programms zur Kontrolle der Sicherheit von Luftfahrzeugen aus Drittländern, die Flughäfen der Gemeinschaft anfliegen.</li></ul>
Einsendeschluss	Mai 2006
Geschätzter Mittelansatz	<b>1 600 000 €</b>

### **B.2. Haushaltlinie 06 07 01 (Verkehrssicherheit [Gefahrenabwehr])**

#### ***Rechtsgrundlage:***

Obliegenheit aufgrund der institutionellen Befugnisse der Kommission gemäß Artikel 49 Absatz 2 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates vom 25. Juni 2002 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 248 vom 16.09.2002, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 2320/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2002 zur Festlegung gemeinsamer Vorschriften für die Sicherheit in der Zivilluftfahrt (ABl. L 355 vom 30.12.2002, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 725/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. März 2004 zur Erhöhung der Gefahrenabwehr auf Schiffen und in Hafenanlagen (ABl. L 129 vom 29.04.2004).

#### ***Ziel(e):***

Stärkung der Gefahrenabwehr im Luftverkehr in der Europäischen Union und im Europäischen Wirtschaftsraum durch Ermittlung vorbildlicher Praktiken, insbesondere Unterstützung internationaler Organisationen zur Gefahrenabwehr im Luftverkehr bei der Einrichtung von Verfahren zur Ausbildung, Kontrolle und Zusammenarbeit.

#### ***Erwartete Ergebnisse:***

- Bessere Kenntnis der Probleme im Zusammenhang mit der Gefahrenabwehr im Verkehr, um angemessener darauf reagieren zu können;

- Ausarbeitung der in das Arbeitsprogramm der Kommission aufgenommenen Legislativvorschläge;
- Stärkung der Informations-, Präventions- und Ausbildungspolitik.

Für 2006 vorgeschlagene Hauptthemen	– Unterstützung internationaler Organisationen zur Verbesserung der Gefahrenabwehr im Luftverkehr, insbesondere durch die Einrichtung von Kontroll- und Kooperationsmechanismen mit Drittländern.
Einsendeschluss	Mai 2006
Geschätzter Mittelansatz	<b>500 000 €</b>

### B.3. Haushaltslinie 06 05 02 (Sicherheitsüberwachung)

#### ***Rechtsgrundlage:***

Obliegenheit aufgrund der der Kommission nach Kapitel III und Artikel 174 Euratom-Vertrag unmittelbar übertragenen Befugnisse.

#### ***Ziel(e):***

Stärkung der Sicherheitsüberwachung in der Europäischen Union durch Ermittlung vorbildlicher Praktiken insbesondere in den neuen Mitgliedstaaten.

#### ***Erwartete Ergebnisse:***

- Festlegung gemeinsamer Vorschriften für die europäischen Nuklearsicherheitsbehörden.

Für 2006 vorgeschlagene Hauptthemen	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Unterstützung von Arbeiten zur Auflistung spezifischer Sicherheitsprobleme eines jeden Reaktortyps und zur Aufstellung spezifischer Empfehlungen zur Verbesserung der Sicherheitsüberwachung.</li> <li>– Unterstützung von Arbeiten zur Verbesserung der Kenntnis der mit Umweltschutzbelangen in Berührung kommenden Akteure, wie im Übereinkommen von Aarhus vorgesehen.</li> </ul>
Einsendeschluss	April 2006
Geschätzter Mittelansatz	<b>919 000 €</b>

### B.. Haushaltslinie 06 05 03 (Strahlenschutz)

#### ***Rechtsgrundlage:***

Obliegenheit aufgrund der der Kommission nach Kapitel III und Artikel 174 Euratom-Vertrag unmittelbar übertragenen Befugnisse.

#### ***Ziel(e):***

Stärkung des Strahlenschutzes in der Europäischen Union durch Ermittlung vorbildlicher Praktiken insbesondere in den neuen Mitgliedstaaten.

***Erwartete Ergebnisse:***

- Aufstellung von Empfehlungen im Bereich des Strahlenschutzes.

Für 2006 vorgeschlagene Hauptthemen	Unterstützung von Arbeiten zur Aufstellung von Empfehlungen an die europäischen Strahlenschutzbehörden.
Einsendeschluss	Mai 2006
Geschätzter Mittelansatz	<b>180 000 €</b>

## **C. AUFGRUND EINES BASISRECHTSAKTS UND EINER AUFFORDERUNG ZUR EINREICHUNG VON VORSCHLÄGEN GEWÄHRTE FINANZHILFEN**

Im Bereich Energie und Verkehr führt die Kommission vier Mehrjahresprogramme durch, die im Mitentscheidungsverfahren verabschiedet wurden:

- Programm „Marco Polo“
- Transeuropäische Netze
- Programm „Intelligente Energie“
- Sechstes Forschungsrahmenprogramm

Diese Mehrjahresprogramme werden unter Beachtung der Vorschriften des jeweiligen Basisrechtsakts, der ein Ausschussverfahren und das Recht auf Einsicht des Europäischen Parlaments vorsieht, durchgeführt.

Die nachfolgende Beschreibung für jedes der vier Mehrjahresprogramme wird zur Information angeführt. Abgesehen vom Sechsten Forschungsrahmenprogramm werden 2006 für jedes dieser Programme zur Änderung des vorliegenden Jahresarbeitsprogramms spezifische Finanzierungsbeschlüsse gefasst.

### **C.1. Haushaltlinie 06 02 07 (Programm „Marco Polo“)**

#### ***Rechtsgrundlage:***

Verordnung (EG) Nr. 1382/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Juli 2003 über die Gewährung von Finanzhilfen der Gemeinschaft zur Verbesserung der Umweltfreundlichkeit des Güterverkehrssystems („Programm Marco Polo“).

#### ***Arbeitsprogramm:***

Die Ziele und erwarteten Ergebnisse sind in der Rechtsgrundlage beschrieben.

Die für 2006 vorgesehenen Maßnahmen werden in einem detaillierten Jahresarbeitsprogramm beschrieben, das im zweiten Quartal 2006 nach Genehmigung durch den Ausschuss mit Vertretern der Mitgliedstaaten verabschiedet wird.

Vorgesehener Zeitpunkt für die Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen: Juli 2006

Volumen der Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen und der Verträge: 34 900 000 €

### **C.2. Haushaltlinien 06 03 01 (Finanzielle Unterstützung von Projekten des transeuropäischen Verkehrsnetzes, die von gemeinsamem Interesse sind) und 06 03 02 (Finanzielle Unterstützung von Projekten des transeuropäischen Energienetzes, die von gemeinsamem Interesse sind)**

#### ***Rechtsgrundlage:***

- Verordnung (EG) Nr. 2236/95 des Rates vom 18. September 1995 über die Grundregeln für die Gewährung von Gemeinschaftszuschüssen für transeuropäische Netze, geändert durch die Verordnungen (EG) Nr. 788/2004 und Nr. 807/2004, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1159/2005 (ABl. L 191 vom 22.07.2005).
- Entscheidung C(2001) 2654 der Kommission vom 19. September 2001 über ein Mehrjahresrichtprogramm für die Gewährung von Gemeinschaftszuschüssen auf dem Gebiet des transeuropäischen Verkehrsnetzes für den Zeitraum 2001 - 2006, zuletzt geändert durch die Beschlüsse C(2004) 3242 vom 26.08.2004 und C(2005) 213 vom 03.02.2005.

- Entscheidung 96/391/EG des Rates vom 28. März 1996 betreffend eine Reihe von Aktionen zur Schaffung günstigerer Rahmenbedingungen für den Ausbau der transeuropäischen Netze im Energiebereich.
- Entscheidung Nr. 1692/96/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 1996 über gemeinschaftliche Leitlinien für den Aufbau eines transeuropäischen Verkehrsnetzes (mit Berichtigung - ABl. L 15 vom 17.01.1997), geändert durch die Entscheidung Nr. 884/2004/EG (mit Berichtigung - ABl. L 201 vom 07.06.2004).
- Entscheidung Nr. 1229/2003/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2003 über eine Reihe von Leitlinien betreffend die transeuropäischen Netze im Energiebereich und zur Aufhebung der Entscheidung Nr. 1254/96/EG.

### ***Arbeitsprogramm:***

Die Ziele und erwarteten Ergebnisse sind in den Rechtsgrundlagen beschrieben.

Das spezifische Arbeitsprogramm für die transeuropäischen Verkehrs- und Energienetze wird im Rahmen eines Ausschussverfahrens beschlossen. Bei den transeuropäischen Verkehrsnetzen werden im Arbeitsprogramm 2006 insbesondere die Vorhaben von gemeinsamem Interesse umgesetzt, die im Rahmen der von Parlament und Rat beschlossenen Leitlinien ermittelt wurden und nicht durch den Rahmenbeschluss vom 19.09.2001 (C(2001) 2654) über das Mehrjahresrichtprogramm (MRP) für die vorrangigen Vorhaben, zuletzt geändert durch die Beschlüsse C(2004) 3242 und C(2005) 213 vom 03.02.2005, erfasst werden. Für die Vorhaben außerhalb des Mehrjahresrichtprogramms werden nach Stellungnahme des Ausschusses mit Vertretern der Mitgliedstaaten Finanzhilfen aufgrund eines Kommissionsbeschlusses gewährt, der im Ermächtigungsverfahren von dem für die transeuropäischen Netze zuständigen Kommissionsmitglied gefasst wird. Für die Vorhaben des Mehrjahresrichtprogramms werden Finanzhilfen aufgrund eines Beschlusses der Kommission gewährt, der im Delegationsverfahren von dem für die transeuropäischen Netze zuständigen Generaldirektor gefasst wird.

Bei den transeuropäischen Energienetzen werden im Arbeitsprogramm Vorhaben von gemeinsamem Interesse umgesetzt, die im Rahmen der von Parlament und Rat beschlossenen Leitlinien ermittelt wurden. Die Finanzhilfen werden nach Stellungnahme des Ausschusses mit Vertretern der Mitgliedstaaten aufgrund eines Kommissionsbeschlusses gewährt, der im Ermächtigungsverfahren von dem für die transeuropäischen Netze zuständigen Kommissionsmitglied gefasst wird.

Zeitpunkt der Aufforderung zur Februar 2006  
Einreichung von Vorschlägen:

Umfang der Aufforderung zur 692 085 000 € TEN-Verkehr (060301)  
Einreichung von Vorschlägen:

21 550 000€ TEN-Energie (060302)

### **C.3 Haushaltslinien 06 04 01 (Programm „Intelligente Energie für Europa“ – 2003/2006) und 06 04 02 (Programm „Intelligente Energie für Europa“ – 2003/2006 – externer Teil)**

### ***Rechtsgrundlage:***

Entscheidung Nr. 1230/2003/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2003 zur Festlegung eines mehrjährigen Programms für Maßnahmen im Energiebereich: "Intelligente Energie für Europa" (2003-2006).

### ***Arbeitsprogramm:***

Die Ziele und erwarteten Ergebnisse sind in der Rechtsgrundlage beschrieben.

Die für 2006 vorgesehenen Maßnahmen werden in einem detaillierten jährlichen Arbeitsprogramm beschrieben, das im ersten Quartal 2006 nach Stellungnahme durch den Programm-Verwaltungsausschuss verabschiedet wird.

Vorgesehener Zeitpunkt für die Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen: Mai 2006



C.4. Haushaltslinien im Zusammenhang mit dem Sechsten Forschungsrahmenprogramm: 06 06 01 (Luft- und Raumfahrt), 06 06 02 (Nachhaltige Entwicklung, globale Veränderungen und Ökosysteme - Nachhaltige Energiesysteme - Nachhaltiger Land- und Seeverkehr) und 06 06 03 (Unterstützungsmaßnahmen und Planung im Vorgriff auf den künftigen Wissenschafts- und Technologiebedarf)

**Rechtsgrundlage:**

Entscheidung Nr. 1513/2002/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Juni 2002 über das Sechste Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft im Bereich der Forschung, technologischen Entwicklung und Demonstration als Beitrag zur Verwirklichung des Europäischen Forschungsraums und zur Innovation (2002-2006).

Entscheidung 2002/834/EG des Rates vom 30. September 2002 über ein spezifisches Programm im Bereich der Forschung, technologischen Entwicklung und Demonstration: „Integration und Stärkung des Europäischen Forschungsraums“ (2002-2006).

**Arbeitsprogramm:**

Es wird daran erinnert, dass für die Bereiche „Luft- und Raumfahrt“ sowie „Nachhaltige Entwicklung, globale Veränderungen und Ökosysteme - Nachhaltige Energiesysteme - Nachhaltiger Land- und Seeverkehr“ das detaillierte Arbeitsprogramm für das Jahr 2006 von der Kommission am 9. Dezember 2002 (C(2002)4789) angenommen und am 7. Juli 2005 (C(2005)2076) geändert wurde. Dieses Arbeitsprogramm wurde für die 2006 zu finanzierenden Vorhaben über eine am 8. Juli 2005 veröffentlichte Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen (Referenznr. FP6-2005-TREN-4, ABl. C 168 vom 08.07.2005) umgesetzt.

Ebenso wurde für den Bereich „Unterstützungsmaßnahmen und Planung im Vorgriff auf den künftigen Wissenschafts- und Technologiebedarf“ das Arbeitsprogramm für das Jahr 2006 von der Kommission am 9. Dezember 2002 angenommen (C(2002)4789) und am 21. Dezember 2005 (C(2005)5588) geändert. Dieses Arbeitsprogramm wurde für die 2006 zu finanzierenden Vorhaben über eine am 22. Dezember 2005 veröffentlichte Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen (Referenznr. FP6-2005-SSP-5, ABl. C 325 vom 22.12.2005) umgesetzt.

Die Durchführung der Vorhaben, die mit der thematischen Priorität „Raumfahrt“ in Zusammenhang stehen, wurde dem Gemeinsamen Unternehmen GALILEO übertragen, das eigene Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen veröffentlichen wird. Im Laufe des Jahres 2006 dürften diese Tätigkeiten von der GNSS-Aufsichtsbehörde übernommen werden.

Haushaltsmittel:	46 800 000 €	für die Haushaltslinie 06 06 01
	122 373 000 €	für die Haushaltslinie 06 06 02 01
	32 700 000 €	für die Haushaltslinie 06 06 02 02
	8 650 000 €	für die Haushaltslinie 06 06 03

